

# Haushaltsrede 2009

## CDU-Fraktion --- 24. März 2009

Sehr geehrte Damen und Herren des Rates,  
Herr Bürgermeister, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,  
sehr geehrter Vertreter der Presse!

Wie bereits im letzten Jahr beklagen wir auch heute das Fehlen einer ordnungsgemäßen Eröffnungsbilanz. Der Kämmerer selbst weist in seinem Vorbericht zum Haushaltsplan 2009 auf Risiken hin, die sich aus der bislang noch nicht testierten Eröffnungsbilanz ergeben. Es dürfte eigentlich selbstverständlich sein, gesetzlich eindeutige Regel einzuhalten. Sollte dies nicht der Fall sein, gehört es zu den Pflichten des Rates, gesetzeskonformes Verhalten einzufordern. Diese Pflicht haben wir erfüllt! Wenn nun die „Ampelfraktionen“ dieses als Wahlkampfaktik abtuen, machen sie damit ihre Bereitschaft deutlich, eindeutige Mängel zu akzeptieren. Ein Schelm der Böses dabei denkt.

Wir können nur hoffen, dass der dritte Anlauf, eine testierte Eröffnungsbilanz noch in dieser Ratsperiode vorzulegen, erfolgreich sein wird. Hoffen müssen wir aber auch, dass die endgültige Eröffnungsbilanz keine negativen Folgen für den Haushalt 2009 haben wird. Im Rechnungsprüfungsausschuss versicherte uns der Kämmerer, dass es keine gravierenden Veränderungen, die erhebliche Korrekturen von bisherigen Haushaltsansätzen notwendig machen, geben wird.

Hoffentlich behält er recht, denn die dem Rechnungsprüfungsausschuss vorliegende Stellungnahme der Gemeindeprüfungsanstalt NRW geht lediglich auf die zeitliche Abfolge ein. Inhaltlich macht die GPA jedoch keine Aussagen zum Stand und zu den bisherigen Ergebnissen des Prüfverfahrens.

Bei der Einbringung des Haushaltes schrieben Sie uns, Herr Bürgermeister Hoffstädt, nachdrücklich ins Stammbuch:

### **Ausgabendisziplin!!!**

Wir haben diese Empfehlung beherzigt. Beherzigt haben wir aber auch Ihre Aussage: „Noch vor einem Vierteljahr hätte ich allerdings die Risiken, die dieser Plan beinhaltet und die nicht von der Gemeinde beeinflussbar sind, deutlich geringer eingeschätzt. Aber die Folgen der Finanzkrise sind derzeit unabsehbar und es bleibt zu hoffen, dass die Pessimisten nicht Recht behalten“

Diese Aussage trafen Sie am 18. Dez. letzten Jahres. Die Erkenntnisse die wir heute haben, lassen befürchten, dass leider die Pessimisten nicht Lügen gestraft wurden. Vielmehr haben sich die Zukunftsprognosen noch verschlechtert! Deshalb müssen wir, insbesondere bei unseren Investitionsmaßnahmen, andere Alternativen prüfen und kreativ nach kostengünstigen und funktionalen Lösungen suchen.

Das positive Haushaltsergebnis 2008 sollte uns nicht von diesem Ziel abbringen. Der heute diskutierte Finanzzwischenbericht für das IV. Quartal 2008 weist über dem Plan liegende Ergebnisse aus, die im Wesentlichen auf die guten Steuererträge 2008 zurückzuführen sind. Darüber hinaus kommt es durch Minderauszahlungen für im Bau befindliche Investitionen zu einer Ergebnisverbesserung, die jedoch in diesem Haushaltsjahr wieder neutralisiert wird. Darum hebt der Kämmerer in seinem Finanzzwischenbericht warnend den Zeigefinger und führt wie folgt aus:

„ .., jedoch sollte aufgrund der derzeit schwierigen Konjunktorentwicklung eine weiterhin vorsichtige Haushaltsbewirtschaftung erfolgen. Dies insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass die ursächlichen Gewerbesteuerereinnahmen geringere Schlüsselzuweisungen zur Folge haben werden.“

Die CDU-Fraktion teilt diese Einschätzung und versucht, alle Investitionsvorhaben nach Einsparpotenzial abzuklopfen.

So halten wir es für falsch, wenn bei den Wirtschaftswegen für Neubaumaßnahmen bzw. grundlegende Erneuerungen € 340.000 auf der Ausgabenseite und € 170.000 auf der Einnahmeseite in Ansatz gebracht werden und dies ohne konkrete Notwendigkeit. Deshalb vertreten wir die Auffassung, dass erst durch eine entsprechende Satzungsregelung die Basis für eine Kostenbeteiligung der Anlieger gefunden werden muss. Jetzt im Eilverfahren eine Satzung zurechtzuschustern, die anschließend einer gerichtlichen Überprüfung nicht standhält, ist kontraproduktiv. Diese Überlegungen wird auch der Städte- und Gemeindebund angestellt haben, denn nach unserer Information arbeitet er an einer Mustersatzung, die die Besonderheiten des Wegebauwes im Außenbereich Rechnung trägt und die für die Abrechnung eine solide Grundlage bietet. Wir haben im Arbeitskreis Landwirtschaft uns mit den Problemen gemeinsam mit den Landwirten auseinandergesetzt, die in Gesprächen gezeigt haben, dass sie einer ausgewogenen und eindeutigen Regelung der Kostenverteilung nicht im Wege stehen werden. Eine solche Satzung muss in 2009 erarbeitet werden! Darum haben wir uns für die Streichung der Ansätze für 2009 entschieden; die Ansätze in der Finanzplanung bleiben bestehen, da wir davon ausgehen, bis zu den Haushaltsberatungen 2010 eine Außenbereichssatzung verabschiedet zu haben!

Die Investitionen in die Schulen betrachten wir als wesentliche Chancenverbesserung für unsere Kinder. Wenn in diesem Jahr der Realschulneubau fertig gestellt wird, nehmen unsere jahrelangen Bemühungen, ein Realschulangebot in der Organisationsform der Verbundschule den Kindern in Ostbevern unterbreiten zu können, auch sichtbar Gestalt an. Von dem neuen Schulangebot werden nicht nur unsere Kinder profitieren, sondern auch die Gemeinde, die als Wohngemeinde erheblich an Attraktivität gewinnt. Da auch an der Josef-Annegarn-Schule der Trend zum Nachmittagsunterricht zunimmt, gibt die CDU-Fraktion auch für den Bau einer Mensa in 2010 „Grünes Licht“.

Nach Fertigstellung der Baumaßnahmen für die offene Ganztagschule an der Franz-von-Assisi-Grundschule und nach Realisierung der geplanten Maßnahmen wird die Gemeinde bis 2011 mehr als 4 Mio. € in Schulbauten investiert haben. Wir sind stolz, dass wir unseren Kindern diese guten Voraussetzungen bieten können. Die CDU-Fraktion, die in der Vergangenheit immer die Schulentwicklung unterstützt hat, wird sich auch zukünftig für optimale und kinderfreundliche Lernbedingungen einsetzen.

Auf Initiative der CDU sind erstmalig im Haushaltsjahr 2009 Mittel für eine sonderpädagogische Fachkraft in den Haushalt eingestellt worden. Wir hoffen, dass es gelingt, eine weitere Halbtagsstelle seitens des Landes zur integrativen Begleitung förderbedürftiger Schüler im gemeinsamen Unterricht bewilligt zu bekommen. Wir sind sicher, dass von der sonderpädagogischen Betreuung durch gut ausgebildete Fachkräfte alle Schülerinnen und Schüler profitieren und darüber hinaus das Lehrerkollegium entlastet wird.

Auch in diesem Jahr können wir durch freiwillige Zuschüsse an Vereine und Verbände im sozialen, kulturellen und sportlichen Bereich das ehrenamtliche Engagement vieler Mitbürgerinnen und Mitbürger unterstützen. Wir alle wissen um die herausragende Bedeutung dieses Einsatzes für unsere Gemeinde. Ohne dieses Engagement wäre Ostbevern weniger lebenswert und es wäre vielfach Aufgabe der Kommune, selbst für entsprechende Ersatzangebote zu sorgen. Darum danken wir allen Damen und Herren, die sich selbstlos und ohne finanzielle Vorteile in den Dienst der guten Sache stellen.

Gefördert werden u. a. die Aktivitäten des Familienbündnisses mit € 10.000, der Reit- und Fahrverein Ostbevern erhält Mittel für die Hallendachsanierung und für die Erneuerung des Reithallenbodens und auch die Senioreninitiative bekommt Fördermittel für ihre Arbeit. Alle Förderungsmaßnahmen einzeln aufzuzählen würde den Rahmen dieser Haushaltsrede sprengen. Wir wissen, dass die Förderrichtlinien für die Vereine die finanzielle Unterstützung der Gemeinde kalkulierbar machen und diese Mittel vielfach lebenswichtig sind. Deshalb ist und bleibt es für uns haushaltspolitisch wichtig, diese freiwilligen Leistungen auch weiterhin für diese ehrenamtliche Tätigkeit erbringen zu können.

Wenn der zunächst probeweise Betrieb eines „Bürgerbusses“ zur Verbesserung der ÖPNV-Anbindung des Ortsteils Brock aus rechtlichen Gründen nicht erfolgen kann, wollen wir zur Erreichung dieses Zieles dennoch € 10.000 einstellen. Hier ist zu prüfen, wie durch einen „Taxenliniendienst“ an bestimmten Tagen ein ausreichendes Programm für Brock gemacht werden kann.

Die von Bündnis 90 / Die Grünen beantragten Mittel zur Verbesserung der Aufenthaltssituation für Jugendliche tragen wir mit. Auch sind wir für eine Beteiligung von Jugendlichen am Entscheidungsprozess. Wir sind nach wie vor der Auffassung, dass eine projektbezogene Mitarbeit in den Ausschüssen bei den Jugendlichen auf größeres Interesse stoßen würde. Wir sind aber auch der Meinung, dass Jugendbeteiligung nicht nur auf die Ausschüsse Sport und Soziales oder Schule / Kultur begrenzt sein darf, sondern auch auf andere Ausschüsse, in denen jugendrelevante Themen behandelt werden, ausgedehnt werden sollte. Dies ist u. E. nur mit einer projektbezogenen Beteiligung der Jugendlichen praktikabel. Dabei muss jedoch überlegt werden, wie die Jugendlichen zur Mitarbeit bei den einzelnen Projekten legitimiert werden.

Die CDU-Fraktion sieht nach wie vor die Notwendigkeit, durch geeignete Maßnahmen die Situation sowohl für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung als auch der Bürgerinnen und Bürger zu verbessern.

Gerade in unübersichtlichen wirtschafts- und finanzpolitischen Zeiten ist es uns wichtig, kreativ und intensiv, aber auch finanzierbaren Lösungen zu suchen, die der von uns formulierten Zielvorstellung Rechnung tragen.

Darum haben wir vorgeschlagen, gemeinsam mit Architekt, Verwaltung und Fraktionsvertretern eine Planungsgruppe zu bilden, die ergebnisoffen zu einer für Ostbevern angemessenen Lösung kommt.

Leider müssen wir auch auf einige von uns gesehene Risiken dieses Haushaltes eingehen.

Wir glauben, dass die Haushaltsansätze für Einnahmen aus Grundstücksverkäufen zu optimistisch angesetzt sind. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist festzustellen, dass die Nachfrage nach Bauplätzen geringer sein wird als in den zurückliegenden Zeiten. Auch wird die noch nicht abgeschlossene Erschließung des Baugebietes „Kokamp“ aus unserer Sicht die Erreichung der Planzahlen für 2009 negativ beeinflussen.

Gleiches gilt für die Entwicklung der Steuereinnahmen. Mögen in 2009 die Haushaltsansätze noch annähernd erreicht werden, so ist für 2010 und 2011 jedoch mit erheblichen Einbrüchen zu rechnen.

Auch geht die Verwaltung davon aus, dass zur Finanzierung der getätigten Investitionen auch eine Kreditermächtigung aus 2008 von 1,2 Mio. € übertragen werden muss.

Das Defizit des Beverbades muss zukünftig aus dem kommunalen Haushalt beglichen werden. Auch hier müssen wir weiterhin nach Möglichkeiten suchen, zur Entlastung des Haushaltes die Einnahmesituation zu verbessern.

Schon allein diese Unsicherheitsfaktoren verpflichten uns, die finanzielle Entwicklung laufend zu prüfen und wenn notwendig, auch Korrekturen anzubringen.

Abschließend danken wir dem Bürgermeister und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die gute vertrauensvolle Zusammenarbeit.  
Die CDU-Fraktion stimmt dem Haushalt 2009 zu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Sperrfrist: Dienstag, 24. März 2009, 18.00 Uhr  
- Es gilt das gesprochene Wort -